

Gerhard Hess:

Späth-Insolvenz ist Ergebnis öffentlicher Deinvestitionspolitik

(bbiv) München. „Heribert Späth zeigt seit Jahrzehnten Wege auf, wie Deutschland seinen früheren wirtschaftlichen Schwung wieder aufnehmen könnte.“ Der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Gerhard Hess, sieht eine der wesentlichen Ursachen der Insolvenzanmeldung des Münchner Bauunternehmens Späth-Liebergesell darin, „dass der gute Rat des erfahrenen Unternehmers allzu oft auf taube Ohren stieß.“ Dieser öffentliche Reformattentismus sei das größte Hindernis unternehmerischer Tätigkeit in Deutschland überhaupt.

Allein in Bayern ist das Auftragsvolumen am Bau von Januar bis November 2003 um 13,7 Prozent eingebrochen. Dahinter steht, so Hess, „ein Baumarkt, der durch eine konsequente Deinvestitionspolitik geprägt ist.“ Seit Jahrzehnte sinken öffentliche Investitionsquoten, soziale Ansprüche und Leistungen steigen ungebremst (s. Grafik). Hess: „Bauunternehmen und ihre Mitarbeiter bauen die Infrastruktur für unsere Zukunft. Dafür muss investiert werden. Bei der heutigen Investitionsverweigerung darf es niemanden wundern, wenn Bauunternehmen ihren Markt und ihre Existenz verlieren.“

